

## Psychotherapie – Medizin zweiter Klasse?

Zur Pressekonferenz des „Berufsverbandes der Ärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie“ heute Mittag in Rendsburg sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Angelika Birk**:

Die Situation ist unhaltbar. Psychotherapie ist keine Medizin zweiter Klasse, gerade für Kinder und Jugendliche ist sie zwingend erforderlich, um diese frühzeitig und nachhaltig wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Dies hilft langfristig auch Kosten im Gesundheitswesen zu sparen.

Nach Angaben des Berufsverbandes der Ärzte für Kinder- und Jugendpsychotherapie lag die Leistungsmenge der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) für die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen bereits im Jahr 2002 mit 66 Prozent um 34 Prozent unter dem realen Bedarf. Diese Situation wird sich aufgrund einer weiteren Kürzung der Leistungsmenge durch die KV für 2004 dramatisch zuspitzen, so dass rein rechnerisch nur 46 Prozent der Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychotherapeutischen Leistungen sicher gestellt sind.

Als Landtagsabgeordnete habe ich keine Einflussmöglichkeiten auf die Verteilung der KV, weil diese Aufgabe ganz in der Verantwortung der Selbstverantwortung liegt. Beschränkungen der Rechte der KV ließen sich leider in den Verhandlungen auf Bundesebene aufgrund der faktischen großen Koalition bei der Gesundheitsreform nicht durchsetzen.

Umso mehr bestürzt mich diese aktuelle Entwicklung, weil ich weiß, dass der Bedarf an Therapie für seelisch kranke Kinder leider eher steigt als sinkt. Gerade auch als Bildungspolitikerin bin ich daran interessiert, dass angesichts der steigenden

Verhaltensauffälligkeiten von immer mehr Kindern keine vorschnelle Verschreibung von Medikamenten erfolgt, sondern stattdessen therapeutische Arbeit mit Kindern und Eltern. Der Gesundheitsausschuss des Landtags hat die Sozialministerin deshalb auch vor einigen Monaten darum gebeten, in der ausstehenden Berichterstattung zur Kindergesundheit speziell auf dieses Thema einzugehen.

Wir Bündnisgrünen in Schleswig Holstein haben uns in der Vergangenheit für ein gutes Psychotherapeutengesetz eingesetzt. Auch wenn das inzwischen gültige Psychotherapeutengesetz ein Kompromiss ist, so glaubte ich, dass durch die Einrichtung einer Psychotherapeutenkammer nunmehr eine Basis für fachlich angemessene Mittelverteilung der Kassenärztlichen Vereinigung gegeben sei.

Allerdings sah ich mich schon anlässlich dieses Gesetzgebungsverfahrens und wegen der Öffentlichkeitsarbeit der KV vor politischen Wahlen veranlasst, das Ausgabeverhalten der KV bei der Landessozialministerin kritisch anzuzeigen. Die aktuellen Informationen bestätigen die damaligen Befürchtungen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Ministerin für Gesundheit und Soziales dem Landtag im Sozialausschuss ihre Sicht und die Eingriffsmöglichkeiten der Landesregierung erläutert.

\*\*\*